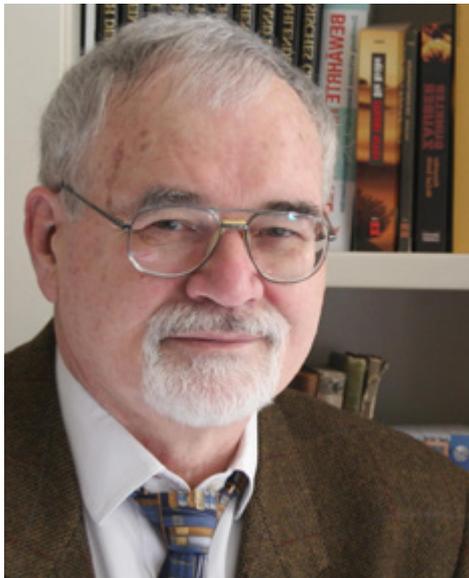


Editorial

Liebe Leserinnen, liebe Leser

Nahezu täglich werden Hausbesitzer und Bauherren in Zeitungen, Zeitschriften und Magazinsendungen des Fernsehens darauf hingewiesen, unbedingt das eigene Haus so auszustatten, dass es möglichst wenig Energie verbraucht. Das ist sicher sinnvoll angesichts kontinuierlich steigender Energiepreise. Entsprechende technische Maßnahmen sind beim Neubau sofort realisierbar, bei Bestandsgebäuden oft nur mit hohem Kostenaufwand zu bewältigen. Doch fehlt es den meisten Altbaubesitzern am notwendigen Kapital, um den Forderungen schnell nachkommen zu können. Denn trotz der sehr niedrigen Zinsen, mit denen das Bankgewerbe sich Geld von der EZB holen kann, muss der Bauherr noch immer hohe Zinsen für Hypotheken zahlen.



Hans Jürgen Krolkiewicz, Foto privat

Dass es auch anders geht, praktiziert das Bundesland Baden-Württemberg. Dort bietet die Landesbank ansässigen Bauherren praktisch auf null Prozent Zinsen abgestimmte Baudarlehen. Das ist möglich, da mit KfW-Darlehen durch einen Bank-Zuschuss der Darlehensnehmer keine Zinsen für einen zeitlichen begrenzten Zeitraum zahlen muss. Gefördert werden damit Niedrigenergiehäuser und Niedrigenergiewohnungen.

Dieses Modell sollte vom Bund übernommen werden, um besonders in Ballungsräumen die bereits heute schon deutlich sichtbare Notlage bei bezahlbarem Wohnraum für weniger betuchte Mitbürger, egal ob Alt oder Jung, zu fördern. Doch ist das Gegenteil der Fall: Unser Finanzminister streicht, wo er kann, um als „Europas Musterknabe“ verkünden zu können, die Staatsverschuldung herunter zu fahren. Seine Politik führte bisher dazu, dass sowohl Kommunen, wie auch Anleger den sozialen Wohnungsbau vernachlässigen. Zusätzlich hat die von der jetzigen Koalition vertretene Politik der Privatisierung dazu geführt, dass ehemals technisch gut ausgestattete Wohngebäude in großem Stiel an Fonds verkauft wurden, die eine notwendige

nachhaltige Bestandspflege vernachlässigen. So beispielsweise im Ruhrgebiet, wo ganze Wohnsiedlungen verkommen, die Wohnungen verschimmeln, weil nicht investiert, sondern nur Geld verdient werden darf.

Und es droht neues Ungemach: Brüssel will jetzt die Wasserversorgung privatisieren. Bisher sind in Deutschland eigene, meist kommunale, Wasserwerke dafür zuständig. Künftig soll die Wasserversorgung international ausgeschrieben werden. Damit gibt man das Nahrungsmittel „Wasser“ in die Hände von Unternehmen, die nur auf Vermehrung ihres Kapitaleinsatzes interessiert sind. Als Beispiel, wie so etwas geht, sei hier Berlin genannt, wo die Wasserpreise nach der Privatisierung stetig steigen. Der Politik ist, insbesondere der jetzigen Koalition, das bekannt - sie verkündet lautstark ihren Widerstand zum Brüsseler Entwurf, doch in Wirklichkeit ist sie stillschweigend dafür. Nicht umsonst sammeln augenblicklich Bürgerbewegungen Unterschriften, um unsere bisherige kommunale Wasserversorgung zu schützen. Doch die Finanzlobby macht sich in Brüssel für eine Privatisierung stark – und unsere Regierung sitzt wieder einmal das sich abzeichnende Desaster aus. Um später darauf hinzuweisen, „es kommt ja aus Brüssel“.

Hans Jürgen Krolkiewicz

Wie immer, bietet die führende Fachzeitschrift der Wohnungswirtschaft technisch fundierte Beiträge, wie sie bei Printmedien kaum zu finden sind. Und Sie können jederzeit in unserem Archiv auf alle früheren Hefte zurückgreifen, ohne umständlich suchen zu müssen. So etwas bietet ihnen bisher kein anderes Medium der Wohnungswirtschaft. Unser nächstes Heft 31 erscheint am 24. April 2013